

Gruschka, Andreas

## **Auf dem Weg zu neuen Ufern? Die deutschen Arbeitgeber als neue Bündnispartner der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung?**

*Die Deutsche Schule 85 (1993) 3, S. 320-329*



Quellenangabe/ Reference:

Gruschka, Andreas: Auf dem Weg zu neuen Ufern? Die deutschen Arbeitgeber als neue Bündnispartner der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung? - In: Die Deutsche Schule 85 (1993) 3, S. 320-329 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-311899 - DOI: 10.25656/01:31189

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-311899>

<https://doi.org/10.25656/01:31189>

### **Nutzungsbedingungen**

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### **Terms of use**

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### **Kontakt / Contact:**

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Digitalisiert

---

# Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,  
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

85. Jahrgang 1993 / Heft 3

---

*Die Bildungspolitik ist wieder in Bewegung gekommen: Nachdem die Schulreform Ende der 70er Jahre weitgehend durch eine konservative Wende in allen Ländern und im Bund gestoppt worden war, stehen die Zeichen nun deutlich auf Veränderung. Viele Probleme in unserer Gesellschaft werden bedrängender, und die Schule soll zu ihrer Lösung mindestens beitragen. Die neuen Länder haben das westdeutsche Schulsystem nicht unverändert übernommen, neue Entwicklungen müssen mit dem KMK-Rahmen vereinbar gemacht werden. Der europäische Integrationsprozeß ist ebenso wie die kürzere Schulzeit der Gymnasien in vier der ostdeutschen Länder ein Anlaß, wieder einmal über die Dauer des Schulbesuchs bis zum Abitur zu streiten. Veränderte Qualifikationsanforderungen („Schlüsselqualifikationen“) haben die Arbeitgeber zu neuen Positionsbestimmungen in der Bildungspolitik geführt. Der Wandel der Kindheit macht ein neues Verständnis von Schule als Lebensraum erforderlich. Der Trend zu höheren Schulabschlüssen offenbart die Krise der Hauptschule immer stärker, und er „stärkt“ das Gymnasium bis zur Lähmung. Staatliche und kommunale Bildungspolitik muß reagieren.*

Dieter Wunder

## **Die Sekundarschule – die Innovation der 90er Jahre?**

*Die GEW, zumindest ihr gerade wiedergewählter Vorsitzender, versucht, eine neue Positionsbestimmung zur Gesamtschule bzw. zu möglichen Zwischenschritten auf dem Weg dorthin zu finden. Kann die Sekundarschule (also die Verbindung von Haupt- und Realschule) mehr Integration ermöglichen und reformerischen Stillstand überwinden helfen?*

Horst von Hassel

## **Wider die pragmatische Mutlosigkeit**

Eine Gegenposition zu Dieter Wunders Einschätzung der  
„Sekundarschule“

265

*Der ehemalige Bremer Schulsenator verteidigt gegen eine pragmatische Wendung die ursprünglichen Ziele der Integration. (Dabei sei auch auf den Beitrag von Eckart Liebau in Heft 2/93 verwiesen.)*

257

**Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule  
Brandenburger Erklärung zur Gesamtschule**

270

*Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) hat anlässlich ihres Bundeskongresses in Brandenburg eine Erklärung verabschiedet, die in der neuerlichen Strukturdebatte eine deutliche Position bezieht.*

Ursula Dörger

**Dreigliedrige Bildungsgänge oder allgemeine Grundbildung?**

Über die administrative Schwierigkeit, pädagogische  
Leistungskriterien zuzulassen

275

*Die KMK verhandelt zur Zeit über eine Vereinbarung zu den „Bildungsgängen und Schularten der Sekundarstufe I“. Ursula Dörger analysiert den derzeitigen Beratungsstand und stellt kritische Rückfragen, die sich am Ziel einer allgemeinen Grundbildung orientieren.*

Wolfgang Klafki

**Die Empfehlungen zur Weiterführung der Schulreform in Bremen** 289

*In mehreren Bundesländern haben Parlamente bzw. Regierungen Experten-Kommissionen berufen, die Gutachten über die zukünftige Schulentwicklung der jeweiligen Länder erarbeiten sollten. Wolfgang Klafki, Vorsitzender der Bremer Kommission, stellt die übergreifenden Gesichtspunkte und die Kernelemente der Empfehlung vor.*

Ernst Rösner

**„Weiterentwicklung bestehender Angebotsformen“**

Über die Arbeit und den Bericht der Enquete-Kommission  
„Schulpolitik“ der Freien und Hansestadt Hamburg

297

*Die jüngste Empfehlung zur Schulentwicklung in einem Bundesland stammt aus Hamburg. Im Vergleich mit Bremen sind dort die politischen und strukturellen Ausgangsbedingungen zwar anders, aber die Gutachten kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Integration und innere Schulreform. Ernst Rösner, Mitglied der Hamburger Kommission, stellt zentrale und beachtenswerte Ergebnisse vor.*

Wolfgang Böttcher

**Probleme der Schulentwicklung bei knappen Ressourcen**

307

*Neuerdings werden in der bildungspolitischen Diskussion immer häufiger ökonomische Gesichtspunkte herangezogen: zum einen als Warnung, zum anderen aber auch als 'Vorbild' und Maßstab, an dem die Schule lernen könne. Wolfgang Böttcher setzt sich kritisch mit zwei Gutachten auseinander, die Schule mit – ganz unterschiedlichen – ökonomischen Maßstäben beurteilen: dem Kienbaum-Gutachten und dem Gutachten von Lehner und Widmaier.*

Andreas Gruschka

**Auf dem Weg zu neuen Ufern?**

Die deutschen Arbeitgeber als neue Bündnispartner der  
Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung?

320

*In der Regel stehen Schule und Wirtschaft in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander; Pädagogik und Ökonomie bilden keine Harmonie. Neuerdings gibt es durchaus überraschende Berührungen: Das Verständnis füreinander scheint zu wachsen. Dabei sieht Andreas Gruschka die Arbeitgeber auf dem (halben) Weg zu neuen Ufern und ist gleichermaßen von der Halbherzigkeit der Arbeitgeber wie der Kultusminister enttäuscht, die mit der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nicht wirklich ernst machen wollen.*

Hermann Giesecke

**Vom Kanon-Mythos und anderen Irrtümern**

330

*Scharf und einseitig polemisiert dieser Diskussionsbeitrag gegen einige in der bundesdeutschen Schul- und Hochschulpolitik liebgewordene Selbstverständlichkeiten und regt vielleicht gerade dort zu produktivem Nachdenken an, wo man dem Verfasser am nachdrücklichsten widersprechen möchte.*

Jochen Schweitzer

**Autonomie als Prozeß**

Anmerkungen zu den Thesen von Reinhard Hoffmann

„Für eine stärkere Autonomie der Schule“

338

*In Heft 1/93 hatte Reinhard Hoffmann, der Bremer Staatsrat für Bildung und Wissenschaft, „für eine stärkere Autonomie der Schule“ plädiert. Diese Replik weist darauf hin, daß „mehr Autonomie“ auch zu Schwierigkeiten führt. Um so wichtiger scheint es, mögliche „Brüche“ durch eine sorgfältige Analyse der Bedingungen und die Klärung der Zielsetzungen und Erwartungen zu antizipieren.*

Gernot Lückert

**Autonome Schule – Schulleitung – Schulaufsicht**

341

Bedingungen einer wünschenswerten Entwicklung

*Wenn die Autonomie der Schule gestärkt werden soll, dann bedarf es vielfältiger Unterstützungen, die anregen und sichern sollen, ohne die Eigenständigkeit wieder einzuschränken. Auch die Bildungsverwaltung soll ihren Beitrag dazu leisten.*

Peter Blankenburg

**Autonomie ist möglich!**

Ziele und Bedingungen der pädagogischen Schulentwicklung

345

*Die Forderung nach größerer Autonomie der Schule mag all diejenigen verwundern, die sich in ihrem pädagogischen Handeln gar nicht eingeschränkt fühlen. Nicht an Autonomie mangle es, sondern an den Bedingungen, die es Lehrerinnen und Lehrern möglich machen, ihre Gestaltungsräume zu nutzen.*

Hartmut Ditton

**Bildung und Ungleichheit im Gefüge von Unterricht,  
Schule und Schulsystem**

350

*Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte hat nur in Teilbereichen zu gleichen Bildungschancen geführt. Immer noch ist der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Wahl des Bildungsweges sehr eng. Durch differenzierte Fragestellungen gelingt es dem Autor, diese Beziehung genauer aufzuschlüsseln und den Anteil offenzulegen, den die Schule an der „Generierung von Ungleichheit“ nach wie vor hat.*

Ralf Laging

**Altersgemischte Gruppen als Beitrag zur Schulreform**

364

*In der Diskussion über jahrgangsübergreifende Gruppen wird häufig auf die Jenaplanschulen Peter Petersens verwiesen. Dabei fällt es vielen schwer, die aktuellen Probleme der Schule in diesen Texten wiederzufinden. Wenn man es jedoch als eine wichtige Aufgabe ansieht, Kindern und Jugendlichen jene Erfahrungen zu vermitteln, die für ihr Aufwachsen wichtig sind, dann scheint die altersgemischte Gruppe viele Ansatzpunkte zu bieten. In der Reformschule Kassel wurden daraus Konsequenzen gezogen.*

Edgar Drefenstedt

**Deutsche Pädagogen in der Zeit des Kalten Kriegs**

Anmerkungen zu einem Aufsatz von Peter Dudek  
in Heft 1/93 der „Deutschen Schule“

383

*In Heft 1/93 hat Peter Dudek die „Gesamtdeutsche Pädagogik“ des „Schwelmer Kreises“ ausführlich geschildert. Ein Zeitzeuge dieser regelmäßigen und intensiven deutsch-deutschen Treffen möchte diese Darstellung aus seiner Sicht vertiefen, verdeutlichen und an einigen Punkten korrigieren.*

**Neuerscheinungen:**

393

- Monika Fiegert: Die Schulen von Melle und Buer ...
- Inge Hansen-Schaberg: Minna Specht
- Herrlitz/Hopf/Titze: Deutsche Schulgeschichte  
von 1800 bis zur Gegenwart
- Eckart Liebau: Die Kultivierung des Alltags
- Ludwig Haag: Hausaufgaben am Gymnasium

---

Andreas Gruschka

## **Auf dem Weg zu neuen Ufern?**

Die deutschen Arbeitgeber als neue Bündnispartner der Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung?

---

Die bildungspolitische Diskussion ist von vielen Seiten her in Bewegung geraten. Verantwortlich dafür sind weniger überzeugende neue Reformkonzepte, sondern die Strukturkrisen, die das nicht entscheidend reformierte Bildungswesen inzwischen schütteln: die Krise der Hauptschule, der Run auf das Gymnasium, die Aushöhlung des dualen Systems, die Überfüllung der Hochschulen, schließlich die mit der deutschen Vereinigung verbundenen Adaptionsprobleme des westdeutschen Schulwesens in den neuen Bundesländern.

Im Januar 1992 haben sich die deutschen Arbeitgeberverbände mit bemerkenswerten Vorschlägen zur Reform des Bildungswesens zu Wort gemeldet. In ihrer Schrift „Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung“ findet sich neben alten Forderungen wie die der Stärkung der Hauptschule und dem Vorschlag, den Gymnasialbildungsgang um ein Jahr zu verkürzen, auch erstmals die Forderung, mit der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ernst zu machen. Die Arbeitgeber haben vorgeschlagen, daß im Prinzip jeder erfolgreiche Absolvent des dualen Systems der Berufsausbildung zukünftig studieren dürfen soll. Damit übernehmen sie eine langjährige Forderung der Gewerkschaften und der Vertreter eines integrierten, real durchlässigen Schulsystems. In diesem Beitrag möchte ich folgende Fragen klären:

- (1) Welches sind die strukturellen und die politischen Hintergründe für diesen Positionswechsel?
- (2) Wie wird die Forderung operationalisiert, und wie ernst ist sie damit zu nehmen?
- (3) Welche Perspektiven für die Reform der Berufsausbildung ergeben sich aus der neuen Lage?

Zur Beantwortung der ersten Frage möchte ich zunächst auf einige strukturelle Zusammenhänge zwischen der dualen Ausbildung und dem schulischen Berechtigungssystem eingehen und aus ihnen die gegenwärtige Krise der dualen Ausbildung ableiten.

### **1. Berufsausbildung und Berechtigungssystem.**

Das duale System der Berufsausbildung ist bis heute in merkwürdiger Weise abgekoppelt von schulischen Berechtigungen: Die Schule hilft bei der Abschlußprüfung, aber schulische Leistungen im Sinne der Schulnoten werden nach wie vor nicht angerechnet. Erst langsam setzte sich in der KMK die Bereitschaft durch, den erfolgreichen Absolventen der dualen Ausbildung

unter bestimmten Voraussetzungen wenigstens einen mittleren Abschluß der Sekundarstufe I zu erteilen.

Wer sich um einen Ausbildungsplatz bewirbt, muß zwar die Sekundarstufe I absolviert haben, aber welchen Abschluß er dabei erreicht hat, ist in rechtlicher Hinsicht für den Abschluß eines Lehrvertrages unerheblich. Vollzeitschulische Formen der Berufsausbildung verlangen dagegen in der Regel bestimmte formale Eingangsvoraussetzungen. Wer z.B. in eine Fachschule für Sozialpädagogik eintritt, muß neben der Fachoberschulreife mindestens ein Jahr berufliche Tätigkeit oder eine als äquivalent geltende berufliche Vorbereitungsschule (Berufsfachschule) nachweisen. Über den Zugang zur dualen Ausbildung entscheidet dagegen primär der Markt, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Das führte in den letzten Jahren verstärkt dazu, daß je nach Konjunktur Auszubildende mit unterschiedlichen formalen Abschlüssen der allgemeinbildenden Schulen Lehrverträge erhielten. Wer eine Lehre in der Bank beginnen wollte, mußte so in der jüngsten Vergangenheit faktisch die Allgemeine Hochschulreife mitbringen. Vor ca. 15 Jahren genügte noch durchweg der mittlere Abschluß, und auch gute Absolventen der Hauptschule hatten eine Chance. Der Bewerbermarkt erlaubt es den Banken heute, die Auszubildenden aus der am höchsten vorqualifizierten Gruppe auszuwählen. In anderen Berufsfeldern führt das Marktmodell gegenwärtig dazu, daß angesichts der schwachen Bewerberlage auch solche jungen Menschen einen Ausbildungsvertrag erhalten, die keinen qualifizierten Abschluß in der Sekundarstufe I erreicht haben. In vielen handwerklich bestimmten Ausbildungsberufen werden Bewerber angenommen, die vor einigen Jahren noch abgewiesen worden wären.

Wie stark und zugleich restriktiv der Markt von Angebot und Nachfrage die Zugänge zur dualen Ausbildung regeln kann, wurde in der alten Bundesrepublik in den Zeiten der Lehrstellenkrise deutlich, als sich nämlich viel mehr junge Menschen um eine duale Ausbildung bemühten als Ausbildungsplätze zur Verfügung standen. Damals waren insbesondere die beruflichen Schulen gezwungen, für die nicht zu Vermittelnden gleichsam Auffangmaßnahmen wie das Berufsvorbereitungsjahr zu erfinden und durchzuführen. Eine schulische Qualifikation, die einige Jahre zuvor noch allemal für einen Lehrvertrag ausreichte, wurde in dieser Zeit oft als ungenügend erklärt. Heute wiederholt sich das in den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern ist dagegen aus der Ausbildungsplatzkrise in vielen Bereichen eine Lehrlingsknappheitskrise geworden.

Dem Marktmodell der dualen Ausbildung korrespondiert der Mangel an Berechtigungen, die mit ihr verbunden sind. Wer die Facharbeiterqualifikation erfolgreich erworben hat, erwirbt damit keinen Anspruch auf eine Beschäftigung. Was das für viele Absolventen des dualen Systems bedeuten kann, wird nicht erst in offenen Krisen des Beschäftigungssystems deutlich, dann also, wenn auch für die erfolgreichen Absolventen keine neuen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, auch weil selbst viele der alten nicht zu halten sind. In vielen Berufen wird sodann chronisch über Bedarf ausgebildet, an der Arbeitskraft des Auszubildenden besteht ein Interesse, nicht aber an der des Ausgebildeten. Von einem Ärztekammerbezirk in NRW wird berichtet, daß ca. 80 % der examinierten Arzthelferinnen nicht über-

nommen wurden, bzw. im Beruf bleiben wollen. Die damit verbundenen Unsicherheiten des Systems für die in ihm Ausgebildeten, ja die zuweilen skandalöse Wirklichkeit des dualen Systems hat sich in den letzten Jahren deutlich negativ auf dessen Reputation ausgewirkt.

Entgegen allen Lobpreisungen der dualen Ausbildungskonzeption, wie sie etwa in der Rede vom „Exportschlager“ zum Ausdruck kommt, hat sie einen Verfall ihrer Attraktivität erfahren. Im gleichen Maße, in dem immer mehr Schüler nach der vierten Klasse der Grundschule in die Langformschulen unseres Schulsystems (dem Gymnasium und zum Teil auch der Gesamtschule) wechselten, gingen sie der dualen Ausbildung als leistungstärkere Absolventen der Sekundarstufe I verloren. Die Langformschulen versprechen den Schülern etwas, was die frühe Berufsausbildung nicht bieten kann: Wer nach der Sekundarstufe I statt in die duale Ausbildung zu wechseln die Fachoberschule oder das Gymnasium (weiter) besucht, der erwirbt einen Abschluß, der die Unsicherheiten des Arbeitsmarktes für ihn mindert und zugleich eine weiterführende Option für den späteren Einstieg in den Beruf. Die Hochschulreife ist verknüpft mit einem – wie auch immer konkret eingeschränkten – Anrecht auf einen Studienplatz, sie berechtigt anders als die berufliche Ausbildung zu etwas.

Unter der idealtypischen Voraussetzung eines relativen Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Ausbildungsmarkt und anschließend auf dem Arbeitsmarkt erwiese sich das Modell der dualen Ausbildung als flexibel und funktional. Ja, man könnte weitergehen und sagen, es sei mit dem Verzicht auf einschränkende formale Eingangsvoraussetzungen (Berechtigungen der Sekundarstufe I) eine vergleichsweise demokratische Form der Zugangsweise zur beruflichen Ausbildung. Aber das Spiel von Angebot und Nachfrage funktioniert schon lange nicht mehr. Waren zunächst die jungen Menschen, die eine Ausbildung nachfragten, Opfer der schlichten Tatsache, daß es von ihnen zu viele gab, sehen sich nun die Ausbildungsplätze Anbietenden als Opfer der Knappheit: In den Augen der Arbeitgeber fragen nicht mehr genug und nicht mehr die richtigen jungen Leute eine duale Ausbildung nach.

## **2. Die Rekrutierungskrise der dualen Ausbildung**

Die deutschen Arbeitgeberverbände haben deswegen mit ihrem Vorschlag erstmals versucht, die Funktion weiterführender schulischer Berechtigungen für die Berufsausbildung zu nutzen. Ihr Ziel dabei ist deutlich: Sie erhoffen sich von ihrem Vorschlag, daß mit der neuen Option wieder mehr leistungstärkere Absolventen der Sekundarstufe I in die duale Ausbildung gehen, sie erwarten, daß damit der weitere Anstieg der Übergangsquote in das Gymnasium gestoppt werden könnte.

Ob es für ein einheitliches duales System in den nächsten zehn Jahren noch eine Zukunft geben kann, wird – und das sehen viele Arbeitgeber inzwischen augenscheinlich sehr realistisch – wesentlich also davon abhängen, ob es gelingt, das Bildungswahlverhalten der Schüler und ihrer Eltern spätestens beim Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II entscheidend zu verändern. Mit dem Siegeszug der beiden Schulformen, die direkt oder mittelbar die Hochschulreife vermitteln, Gymnasium und Gesamtschule,

geht das Sterben der Hauptschule bzw. ihre Reduktion zu einer Restschule einher. Daraus dürfte in absehbarer Zeit wohl auch der Attraktivitätsverlust der Realschule folgen. Denn ohne eine starke niedere Schulform wird die mittlere selbst zur niederen, und Eltern werden dann deutlich kritischer mit ihrer Beobachtung umgehen, daß 'ihre' Kinder durch die aufgestiegenen Hauptschüler beim Lernen behindert werden.

Bleibt alles beim alten, das heißt beim dreigliedrigen Schulsystem in der Sekundarstufe I mit einer Resthauptschule, einer durch Ambivalenzen gekennzeichneten Realschule und den unbestrittenen Langformschulen sowie einem auch in den Berechtigungen getrennten allgemeinbildenden oder berufsbildenden Schulwesen in der Sekundarstufe II, dann wird sich die Sogwirkung hin zu den Schulen weiter verstärken, die das Abitur anbieten. Es ist nicht auszuschließen, daß sich dieser Prozeß in den nächsten Jahren beschleunigen wird. Wie stark nämlich die Zukunftsängste von Eltern in der Situation ökonomischer Krisen dazu motivieren können, Bildung als Zukunft versprechendes Moratorium nachzufragen, haben die explosionsartigen Zuwächse der Langformschulen in den neuen Bundesländern bewiesen (vgl. Gruschka/Tiedtke 1993).

Was unter diesen Bedingungen aus der dualen Ausbildung werden muß, läßt sich schon heute drastisch an manchen ihrer Problembereiche beobachten: (1) Wir haben es in vielen Berufen mit einem teils dramatischen Rückgang absoluter Schülerzahlen zu tun. Davon sind momentan die weniger attraktiven Berufsbilder (etwa im Handwerk) stärker betroffen als die attraktiveren (etwa im kaufmännischen Bereich).

Zwei Faktoren sind hierfür verantwortlich. Zum einen der zwischenzeitlich starke Rückgang in den Jahrgangsbreiten. 1979 mußten die Schulen 1,1 Millionen 16jährige versorgen, 1988 noch fast 700 000, 1990 nur noch 622 000. Die etwa in den Berufsbildungsberichten der Bundesregierung verbreiteten, bundesweit ausgelegten Statistiken beschönigen die Lage. Sie dokumentieren zwar die hohe Erfassung der Jugendlichen durch die berufliche Erstausbildung, aber die Gesamtzahlen trügen. Sie berücksichtigen zu wenig die unterschiedliche Entwicklungsgeschwindigkeit der Veränderung der Bildungsbeteiligung zwischen Nord und Süd oder Stadt und Land. In den Großstädten ist der Rückgang am krassesten zu beobachten. Und die Gesamtzahlen berücksichtigen zu wenig die Kohorteneffekte eines verzögerten Eintritts in das duale System durch verschiedene Schülergruppen wie etwa den Absolventen berufsvorbereitender Bildungsgänge.

Daß die duale Ausbildung vom Rückgang der absoluten Schülerzahlen vergleichsweise am stärksten erfaßt wird, hängt zum anderen – eher 'hausgemacht' – mit dem veränderten Bildungswahlverhalten der Kinder und ihrer Eltern zusammen. Die Relation Langformschüler und Berufsschüler verschiebt sich in den letzten Jahren kontinuierlich zuungunsten der letzteren. Rechnet man die Entwicklung linear hoch, so dürfte bereits in vier bis fünf Jahren ein gleiches Verhältnis zwischen beiden Gruppen erreicht sein (vgl. Institut für Pädagogik und Gesellschaft 1992, S. 18).

Da viele duale Ausbildungsgänge sich traditionell aus den Absolventen der Hauptschulen rekrutierten, stellt sich mit dem Niedergang dieser Kurzformschule für die Zukunft die Frage, woher sollen die Auszubildenden kom-

men? Das Handwerk etwa hat noch 1989 55% seiner Auszubildenden aus der Hauptschule gewonnen. Bedenkt man noch die Tendenz, den mittleren Abschluß der Realschule eher für eine weiterführende Berechtigung (Fachoberschule) als für eine als geringwertig und unsicher geltende Berufsausbildung zu nutzen, dann verschärft sich noch die negative Entwicklung der Zugänge in das duale System.

(2) Wir haben es zum zweiten in vielen dualen Ausbildungsberufen in jüngster Zeit mit einem deutlichen Rückgang der materialen und der formalen Eingangsvoraussetzungen der Schüler zu tun, die direkt in die duale Ausbildung eintreten, und das trotz des absoluten Anstiegs der durchschnittlich erreichten Abschlüsse in der Sekundarstufe I. Das hängt mit dem Umstand zusammen, daß nun solche jungen Menschen in die duale Ausbildung übernommen werden, die zu Zeiten der geburtenstarken Jahrgänge keinen Ausbildungsvertrag erhielten und in verschiedenen berufsvorbereitenden Maßnahmen versorgt wurden. In der Zwischenzeit sind in vielen neu geordneten Berufen die Qualifikationsanforderungen deutlich erhöht worden. Die Schere zwischen diesen und den Voraussetzungen vieler Schüler öffnet sich immer mehr. Schulen berichten besorgt davon, daß auch Schüler mit früher ausreichenden Abschlußqualifikationen der Haupt- oder Realschule deutlich größere Probleme haben, den Anforderungen zu genügen. Das ist auch jenseits des notorischen Rituals, mit dem Lehrer über den kontinuierlichen Verfall von Bildungsaspirationen und Fähigkeiten ihrer Schüler klagen, ernst zu nehmen.

(3) Der Rückgang in der traditionellen Gruppe der Auszubildenden wird nicht wirklich durch den hohen Anteil an Abiturienten in der dualen Ausbildung kompensiert. Im Handwerk und vielen Frauenberufen verringert sich gegenwärtig die vordem eh geringere Zahl der Hochvorqualifizierten. Auch kann keine Rede davon sein, daß die 25 % Abiturienten, wie sie zum Beweis der Attraktivität der dualen Ausbildung im Bereich der Ausbildungen der Industrie- und Handelskammern in der jüngsten Zeit so gerne zitiert werden, wirklich für den Beruf gewonnen sind. Wir wissen, daß die Berufsausbildung zu einem großen Teil als Übergangslösung, Warteschleife etc. genutzt wird. Mit dem Abitur als Zugangsqualifikation fühlen sich die jungen Menschen für mehr als nur für eine Facharbeitertätigkeit geeignet und beschließen dann doch zu studieren oder eine andere berufliche Tätigkeit zu suchen. In den Banken etwa, den Vorreitern der beruflichen Erstausbildung mit Abiturienten, macht sich Ernüchterung breit: Zu stark ist der Verlust von Ausgebildeten nach der Lehre, als zu hoch erscheinen die Fehlinvestitionen in diese Gruppe. Entsprechend geht man dort immer mehr zu einer 'gemischten' Rekrutierungspolitik über. Das Beispiel zeigt, daß wer auf die Abiturienten als den Rettern der dualen Ausbildung setzt, sich wohl einer Illusion hingibt.

(4) In vielen Berufen ist der Kampf um den „geschrumpften Kuchen“ voll entbrannt, und wo keine qualifizierten Auszubildenden mehr zu finden sind, macht die Not erfinderisch. Dazu gehört, daß man auf Arbeitskräfte zurückgreift, die nicht erst in einem längeren Prozeß dualer Ausbildung für die Arbeit qualifiziert werden müssen. Sodann erhalten viele junge Menschen heute einen Lehrvertrag, von denen ihre Lehrer und Ausbilder schon früh

sagen, sie hätten kaum eine Chance, die Prüfungsanforderungen zu erfüllen. Sie werden in Betrieben dann häufig wie Anlernkräfte behandelt. Trotz größter Anstrengungen beider Partner in der dualen Ausbildung und trotz der gewachsenen Bereitschaft zur „Handauflegung“ bei den Prüfungen gelingt es nicht, die in vielen Bereichen gestiegenen drop-out-Quoten wieder zu senken. So manche Berufsbildungswerke im Handwerk sind inzwischen dazu übergegangen, in Ausbildungsverbänden mit Hilfe von Sozialpädagogen Ausbildungsschwache wenigstens soweit fit zu machen, daß sie in der Arbeit einsatzfähig werden. Aus der geringen Befähigung vieler Auszubildenden resultiert verständlicherweise keine große Neigung, diese nach der Lehre als Facharbeiter zu übernehmen.

Wer berufliche Schulen heute besucht, erfährt, wie ungeheuer schwierig vor diesem Hintergrund die Ausbildung und der Unterricht geworden sind. In vielen Klassen ist die Heterogenität der Lerngruppen so angestiegen, daß ein gemeinsamer Unterricht eigentlich nicht mehr möglich ist. Das für normalen Unterricht vorauszusetzende mittlere Anspruchsniveau bedient immer weniger Schüler. Diese Rückmeldung aus den Schulen ist nicht einfach mit dem Hinweis darauf zu erledigen, die Berufsschule habe es schon immer mit einer sehr heterogenen Schülerschaft zu tun gehabt.

Wenn diese Ausgangssituation nicht entscheidend verändert wird, nämlich durch eine reale Attraktivitätssteigerung der dualen Ausbildung und damit eine Veränderung der Schülerschaft, dann wird sich das System nicht mehr halten lassen: Wir werden es dann bald mit drei Formen der Ausbildung zu tun haben:

- Für die leistungsschwächeren Schüler wird sich die duale Ausbildung zum Facharbeiter nicht mehr halten lassen. Dort, wo für eine wenig qualifizierte berufliche Tätigkeit weiter Bedarf besteht, werden wir es zukünftig mit Anzulernenden zu tun haben, die in den Betrieben und in Lehrwerkstätten beigebracht bekommen, was sie tun sollen. Die berufliche Schule wird für diese Gruppe vielleicht noch als eine sozialpädagogisch orientierte Fortbildungsschule gefordert, aber nicht mehr als Partner der dualen Ausbildung. Diese Gruppe geht der Berufsschule weitgehend verloren.
- Für die hochqualifizierten aspirationsstarken jungen Leute, die insbesondere mit dem Abitur eine berufliche Tätigkeit anstreben, wird man eine gesonderte Form ausbauen, damit überhaupt die Chance besteht, sie im angestrebten Beruf und an dem Arbeitsplatz zu halten, den man für sie bestimmt hat. Das verlangt nach einer Ausbildung über dem Niveau der bisherigen dualen. Die Berufsakademien weisen den Weg. Der beruflichen Schule und der dualen Ausbildung gehen dann auch diese Schüler weitgehend verloren.
- Es bleibt die mehr oder weniger große Restgruppe der Schüler, die sich auf eine qualifizierte Facharbeit in der dualen Form vorbereitet. Um eine Restgruppe wird es sich deswegen handeln, weil sich mit der Ausdifferenzierung der Gruppen die der traditionell dual zu Qualifizierenden drastisch verringern wird. Und was das für die Schule bedeutet, ist klar: Viele Berufe werden nur noch an wenigen Orten schulisch ausgebildet werden können, was ebenfalls zu einem Rückgang der Bewerber

zahlen führen dürfte und die Tendenz zum Wechsel in eine Langformschule verstärken wird.

Das ist alles andere als ein Horrorszenario. Und die Gefahren sind damit noch nicht vollständig beschrieben: Was wird geschehen, wenn sich mit der Verkürzung des Abiturbildungsganges ein weiterer Marktvorteil für die Langformschulen einstellt? Denn erstmals in der Geschichte unseres Bildungswesens benötigte man dann für den höchsten Abschluß nicht mehr die vergleichsweise längste Ausbildungszeit. Im Gegenteil: die deutlich weniger wertvolle Ausbildung wird die längste.

Schulstrukturelle Veränderungen dürften allein nicht ausreichen, die Entwicklung zu stoppen und sie in die andere Richtung zu lenken. Es bleibt Sache der Betriebe und der Tarifpartner, die Facharbeitertätigkeit durch bessere Arbeitsbedingungen, Bezahlung etc. aufzuwerten. Aber was die Schule tun kann, ist deswegen nicht unbedeutend, und darauf setzen nun auch die Arbeitgeber.

Die Schule kann durch ein verändertes Curriculum und durch integrierte Berechtigungen die duale Ausbildung wieder für solche Schüler zu einer echten Wahlmöglichkeit machen, die ihr zwischenzeitlich verloren gegangen sind und sie, wenn nichts geschieht, zukünftig eben in noch stärkerem Umfang meiden werden. Das Mittel hierfür ist einerseits „Bildung im Medium des Berufs“ (vgl. Gruschka 1987, 1989), die den Absolventen der Sekundarstufe I eine attraktivere Option eröffnet, als sie das Gymnasium bietet, und die mittelbar erlaubt, weitgehend in einem Akt die Hochschulreife und einen beruflichen Abschluß zu erwerben. Wir wissen aus Befragungen, daß das immer mehr Eltern und auch Jugendliche für sich wünschen. sie dies freilich bislang nur in additiver Form realisieren können.

### **3. Die Tragfähigkeit des Arbeitgebervorschlages**

Die Arbeitgeber vertraten bis zum Januar 1992 fast einheitlich die Auffassung, daß eine Doppelqualifikation ihnen keinen Vorteil bieten würde. Sie sahen in der Hochschulreife der dual Auszubildenden allein eine Qualifikation aus dem Beruf heraus: Wer im Rahmen einer beruflichen Erstausbildung die Studienberechtigung erwerben könne, würde als erfolgreicher Absolvent sofort an die Hochschule wechseln. Auf diese Weise würden die besten Auszubildenden dem Beruf verloren gehen. Die Doppelqualifikation erschwere die Identifikation mit dem Beruf. Nun aber haben die Arbeitgeberverbände einen fundamentalen Positionswechsel vorgenommen. Es ist verwunderlich, wie wenig bislang die daraus sich ergebenden Chancen für eine neue Politik genutzt worden sind. In Gräben lebt es sich vielleicht sicherer, aber doch nicht leichter.

Die Arbeitgeberverbände haben eingesehen, daß sie mit dem Widerstand gegen die konsequente Durchsetzung der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein Schulsystem gestützt haben, das ihnen nun die sog. Facharbeiterkrise beschert hat. Es setzt sich langsam der Eindruck durch, man könnte gleichsam auf das falsche Pferd gesetzt haben. Denn es ist nicht das durchlässige integrierte System, welches den Mangel an qualifizierten Bewerbern für die duale Ausbildung bewirkt hat, sondern just jenes gegliederte System, welches einmal für die „prästabilisierte Harmonie“ von

Ausbildungs- und Beschäftigungssystem gesorgt hat und das vor allem die Distanzierung von der frühen Konfrontation mit dem Beruf erleichtert hat. Viel mehr als diejenigen, die die Arbeitgeber mit der Studienberechtigung im Rahmen einer Berufsausbildung nicht aus dem Beruf herausqualifiziert sehen wollten, haben sich inzwischen gegen den Beruf und für das Abitur entschieden.

Der Weg zur Wahrnehmung dieses Zusammenhangs war augenscheinlich lang und er wird, wie konservative Stellungnahmen aus der Arbeitgeberlage bis in die jüngste Zeit beweisen, auch noch nicht überall gesehen (vgl. Bremer 1992). Augenscheinlich fällt es den Arbeitgebern aber auch mit dieser Einsicht schwer, aus ihr die konsequenten Schlußfolgerungen zu ziehen. Als ob die Autoren des Arbeitgeber-Papiers ihrer Mitgliedschaft nicht allzu viel an Positionswechsel und der Öffentlichkeit nicht zuviel an Forderungen zumuten wollten, haben sie ihren Vorschlag zur Öffnung der Hochschulen für Absolventen des dualen Systems nämlich an eine Reihe von einschränkenden Bedingungen geknüpft. Diese produzieren kontraproduktive Widersprüche zur Absicht, die duale Ausbildung attraktiver zu machen.

Der Vorschlag der Arbeitgeber sei näher erläutert und in seiner Widersprüchlichkeit dargestellt, indem ich frage, wie ein 16jähriger mit entsprechender Bildungsaspiration auf die vorgeschlagene Regelung reagieren dürfte:

Er sitzt nur noch selten in der Haupt- oder Realschule, sondern in einer Langformschule, im Gymnasium oder in der Gesamtschule. Er hat einen mittleren Abschluß, der ihn berechtigt, einen Bildungsgang zu wählen, der direkt zur Hochschulreife führt, und dieser wird in der Regel im eigenen Schulgebäude angeboten. Er wäre bis zum Abitur dort versorgt. Er müßte also aus der Schule ausscheiden und in eine andere wechseln, nach dem Vorschlag der Arbeitgeber in eine normale berufliche Schule und damit ein System, welches nur den Sonderweg zur weiterführenden Berechtigung anbieten kann. Schon das ist eine schwere und deswegen unwahrscheinliche Entscheidung.

Er kann nach dem Arbeitgeberpapier in der um ein Jahr verkürzten Zeit den höchsten Abschluß erwerben, den unser Schulsystem überhaupt zu vergeben hat oder muß für die berufliche Ausbildung 3 bzw. 3 1/2 Jahre in das duale System. Auch das spricht dafür: im Gymnasium die letzten beiden Jahre überstehen und dann weiter sehen! Sodann heißt es zusätzlich von der neuen Alternative: Man muß nach den Jahren der Lehre einen bestimmten Zeitraum lang arbeiten, ggf. den Meister machen, um sich dann einem komplizierten, schwer durchschaubaren und alles andere als sicheren Bewerbungsverfahren für einen Studienplatz unterziehen. Jeder Abiturient darf direkt in die Hochschule eintreten, die Facharbeiter müssen in einem gesonderten Zulassungsverfahren ein Hindernisrennen überstehen, vielleicht mit einer Quote von 20 Bewerbern auf einen Studienplatz? Und schließlich gelten die einen mit dem gymnasialen Curriculum, mit Mathematik und Fremdsprachen, im Prinzip als studierfähig, die anderen haben nur eine berufliche Bildung und können weiterhin elegant, wenn auch nicht unbedingt intelligent, als ungeeignet diskriminiert werden. Auf jeden Fall

müssen sie befürchten, daß die Gymnasiasten mit ihrem Curriculum einen deutlichen Startvorteil für das Studium mitbringen. Sie haben eher so gelernt, wie an der Universität unterrichtet wird. Facharbeiter dagegen haben mit ihren Arbeitserfahrungen allein wenig passende Voraussetzungen für ein Studium vorzuweisen. Ohne eine Veränderung der Curriculums der Berufsschule sind deren Absolventen objektiv schlechter gestellt. All das wird 16jährige und ihre Eltern davon abschrecken, auf die Berufsausbildung als einem alternativen Weg zum Studium zu setzen.

Strukturell betrachtet besteht die hauptsächliche Crux der Forderungen der Arbeitgeber in der Art, wie sie mit der Funktion und Wirkungsweise der Berechtigungen umgehen: Man kann nicht gleichzeitig fordern, der neue Facharbeiter sei studierfähig und ihm doch die Studienberechtigung vorenthalten. Diese kann ihm indes – so wie Berechtigungen bei uns definiert werden – nur erteilt werden, wenn er die schulisch-curricularen Voraussetzungen für die Hochschulreife erfüllt, entweder als gymnasial geprägtes Unterrichtsprogramm oder in der Form und dem Inhalt nach als „Bildung im Medium des Berufs“. Vor dieser Konsequenz schrecken die Arbeitgeber aber bislang zurück. Sie gehen sogar weiter, indem sie in ihrem Papier explizit die materiale Doppelqualifikation, wie sie etwa in den Kollegschaften Nordrhein-Westfalens realisiert wird, weiterhin ablehnen. Ihr zentrales Argument gegen den integrierten Bildungsgang lautet: Mit der Doppelqualifikation werden die Schüler der dualen Ausbildung überfordert; heißt das, daß sie doch nicht in der Lage sind, im Medium des Berufs die studienpropädeutischen Fähigkeiten zu erwerben? Die Arbeitgeber sprechen von einer faktisch realisierten doppelten Qualifikation der dual Ausgebildeten, womit der Terminus „dual“ eine völlig neue Bedeutungsebene erhält. Aber sie streiten weiter gegen die Doppelqualifikation, wie sie in Bildungsgängen material beschrieben wird. Sie locken mit einer Berechtigung, die aber in Wahrheit keine ist. Der den Auszubildenden versprochene Zugang zum Studium steht nicht einmal auf dem 'Papier', und er wird keineswegs material durch die für das Studium elementar notwendigen Fähigkeiten gedeckt.

Die Arbeitgeber destruieren mit ihrer anhaltenden Kritik an der integrierten Bildung unfreiwillig die eigene Behauptung, die berufliche und die allgemeine Bildung seien gleichwertig. Fazit: Nach dem bisherigen Modell der Arbeitgeber kommt es höchstens zu einem erweiterten Bewährungsaufstieg für Söhne der Handwerksmeister. Mit den vielen Einschränkungen wird aus dem großen neuen Wurf nur eine Variante dessen, was wir schon haben. Der Facharbeitermangel läßt sich so nicht beheben.

#### **4. Konsequenzen**

Erziehungswissenschaft und Bildungspolitik müssen in dieser Lage die „Koalition von Modernisierern und Reformern“ (Baethge) suchen. Sie können dies selbstbewußt und offensiv tun. Die Zeit für die noch möglichen eingreifenden Veränderungen läuft vielleicht schneller ab, als manche sich das heute eingestehen mögen. Schreitet der Erosionsprozeß der dualen Ausbildung weiter voran, wird das duale System als ein einheitliches System der beruflichen Erstausbildung nicht mehr zu rekonstruieren sein. In der

Industrie wird bereits über eine Zeit nach dem dualen System nachgedacht. Planspiele werden durchgeführt, wie man die Berufsausbildung völlig in eigene Regie nehmen könnte und was dann der öffentlichen Schule an Aufgaben zugewiesen bliebe: so etwas wie eine berufsvorbereitende Fortbildungsfunktion. Ähnliche Überlegungen werden im Handwerk angestellt, wenn dort die Rolle der eigenen Berufsbildungswerke für neue, ersetzende Qualifizierungsmodelle bestimmt wird. Weit verbreitet ist der Eindruck im Arbeitgeberlager, die staatliche Bildungspolitik sei unfähig zum Wandel, und es läßt sich hierfür ja genügend aktuelles Anschauungsmaterial finden (siehe etwa die Verzögerungstaktik hinsichtlich des Bildungsgipfels). Einerseits gab es, wie dargestellt werden sollte, nie eine bessere Ausgangslage für die offensive Argumentation zur Durchsetzung eines integrierten Schulsystems als heute. Der Schritt zur Anerkennung der integrierten Lösung ist kleiner, als es die Vorschläge der Arbeitgeber nahelegen. Andererseits agiert gegenwärtig kein Subjekt, das diesen Reformprozeß initiieren und das mögliche Bündnis zu schmieden verstünde. Es geht darum, mit dem Hinweis auf das, was auf dem Spiel steht, die Bildungspolitik aus ihrer Lähmung zu befreien.

## **Literatur**

- Bremer, Rainer: Das konservative Existential der Bildungspolitik. In: Pädagogische Korrespondenz. 8/1991, S. 19 – 26  
Deutsche Arbeitgeberverbände: Differenzierung, Durchlässigkeit, Leistung. Bonn: Januar 1992  
Die Mitbestimmung. 1992/3, Themenheft  
Gewerkschaftliche Bildungspolitik. 1992/4, Themenheft  
Gruschka, Andreas: Von Humboldt's Idee der Allgemeinbildung zur allgemeinen „Bildung im Medium des Berufs“. In: Die Deutsche Schule. 79, 1987, 2, S. 156-173  
Gruschka, Andreas: Bildung im Medium des Berufs. In: Erziehung und Wissenschaft. Heft 3/89, S. 12 – 15  
Gruschka, Andreas und Michael Tiedtke: Faites votre jeu – Bericht über die hellen Ost-Berliner-Eltern. In: Pädagogische Korrespondenz. 11/1993, S. 24 – 33  
Institut für Pädagogik und Gesellschaft: Die Zukunft des dualen Systems – eine Auseinandersetzung mit dem Bildungsplan der deutschen Arbeitgeberverbände. Münster 1992/1993

*Andreas Gruschka*, geb. 1950, Prof. Dr., leitet die wissenschaftliche Begleitung des Kollegsulversuchs in Nordrhein-Westfalen und ist Vorsitzender des Instituts für Pädagogik und Gesellschaft in Münster.

Anschrift: Hörsterstr. 21, 48143 Münster;

z. Z.: Wissenschaftskolleg zu Berlin, Wallotstr. 19, 14193 Berlin